

Landratsamt Meißen

Dezernat - Technik

Landesdirektion Sachsen	
Eingang: ✓	08. OKT. 2013
Abt: 3	74986
AZ:	

Landkreis
Meißen

Landratsamt Meißen, PF 10 01 52, 01651 Meißen

Landesdirektion Sachsen
09105 Chemnitz

Beigeordneter

KOMMUNEN
für Arbeit

Datum: 26. Sep. 2013

Aktenzeichen: 797.43/13/Rie/Scoping_KV-
Terminal_alter_Hafen

Ihr Zeichen: DD-32-0513.20/21-Alter Hafen

Ihre Nachricht: 16. Aug. 2013

Besucheranschrift: Bahnhofstraße 4
01558 Großenhain

Bearbeiter: Frau Dreyer

Amt: Amt für Forst u. Kreisentwicklung

Zimmer: 13

Telefon: 03522 303-2419

Fax: 03522 303-2400

E-Mail: afk@kreis-meissen.de
Andrea.Dreyer@kreis-meissen.de

Planfeststellung für das Bauvorhaben - Scopingtermin „Neubau eines KV-Terminals im Hafen Riesa, Alter Hafen“

Sehr geehrte Damen und Herren,

in den nachfolgenden Gliederungspunkten erhalten Sie im Vorfeld des Scopingtermins zur vorgelegten Scoping-Unterlage die Stellungnahmen der entsprechenden Fachbereiche des Landratsamtes Meißen. Die Details entnehmen Sie bitte den nachfolgenden Gliederungspunkten.

1. Belange Wasser/Abwasser

Die untere Wasserbehörde (uWB) bestätigt generell die Scoping-Unterlage mit den beigefügten Ergebnissen der Umweltplanung vom 25.07.2013. Die Auswirkungen auf das Schutzgut Wasser sind bezogen auf die vorherigen Abstimmungen mit der uWB überschaubar. Jedoch sollte in der UVP eine aufgelöste Betrachtung der Wirkstellen abschließend dargestellt werden. Im Übrigen wird auf die wasserbehördlichen Prüfungen im Genehmigungsverfahren verwiesen.

Hinweise:

zu Erläuterungsbericht von duisport consult (06.08.2013) Ziff. 10 Hochwasser

Die materiellen wasserrechtlichen Vorschriften zum „Hochwasserschutz“ sind im Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 4 Absatz 76 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154)) geregelt. Landesrechtliche Verfahrensvorschriften sind im novellierten Sächsischen Wassergesetz (SächsWG) vom 12.07.2013 (SächsGVBl. S. 503) bestimmt.

...

Postanschrift: Landratsamt Meißen
Postfach 10 01 52, 01651 Meißen

Konto: Sparkasse Meißen, BLZ: 850 550 00 Konto: 3 100 031 007
IBAN: DE07 8505 5000 3100 0310 07, BIC: SOLADES1MEI

Internet: www.kreis-meissen.de

E-Mail: post@kreis-meissen.de

Kein Zugang für elektronisch signierte sowie für verschlüsselte Nachrichten

Sprechzeiten:

Mo 7:30-12:00 Uhr

Di 7:30-12:00 Uhr u. 14:00-18:00 Uhr

Mi Schließtag

Do 7:30-12:00 Uhr u. 14:00-17:00 Uhr

Fr 7:30-12:00 Uhr

zu 32-0513.20121 - Alter Hafen

Seit dem 14.11.2006 ist das festgesetzte Überschwemmungsgebiet Elbe für ein HQ₁₀₀ rechtskräftig (vgl. auch Anlage 9, Ziff. 2.3 Regionalplan). Es gelten die Verbotstatbestände nach § 78 WHG.

Zur Beurteilung der Betroffenheit des Vorhabens ist das festgesetzte Überschwemmungsgebiet in den Lageplänen darzustellen. Zur Gefährdung kann dann eine Anfrage zu hydrologischen Daten bei der zuständigen Wasserbehörde gestellt werden.

Im Übrigen wird darauf verwiesen, dass im HWSK „Elbe“ Hochwasserschutzmaßnahmen für das Hafengelände empfohlen werden.

zu 10.1 Flächenvorsorge und 10.2 Bauvorsorge

Eine Ausweisung von neuen Baugebieten in Bauleitplänen für Häfen und Werften in einem festgesetzten Überschwemmungsgebiet erfüllt nicht den Verbotstatbestand nach § 78 Abs. 1 Nr. 1 WHG. In Ahnlehnung dieser rechtlichen Regelung sowie der Standortgebundenheit, der Innenbereichslage (i. S. des § 34 BauGB), der Revitalisierung eines alten/ehemaligen Industriestandortes/Hafen und der Aussagen im HWSK vertreten wir die Auffassung, dass kein natürlicher Rückhalteraum verloren geht.

Die Anforderungen nach § 78 Abs. 3 WHG bzw. § 78 Abs. 4 WHG sind in dem jeweiligen Verfahren nachzuweisen. Im Rahmen der wasserrechtlichen Genehmigung nach § 78 Abs. 3 WHG für die Errichtung baulicher Anlagen (Verbotstatbestand nach § 78 Abs. 1 Nr. 2 WHG) bzw. wasserrechtlichen Zulassung nach § 78 Abs. 4 WHG für die Erhöhungen (Verbotstatbestand § 78 Abs. 1 Nr. 6 WHG) wird nach der vorgenannten Argumentation auf den Retentionsraumausgleich verzichtet.

zu 10.3 Verhaltensvorsorge

Der Hochwasserschutzmaßnahmeplan ist zu aktualisieren und mit der Stadt Riesa abzustimmen. Insbesondere ist dabei der zu Grunde gelegte Hochwassermeldepegel (Dresden oder Riesa) anzugeben und die dazugehörigen Alarmstufen mit den jeweiligen einzuleitenden Maßnahmen zu beschreiben (vgl. Hochwassermeldeordnung vom 02.07.2012 (SächsABl.SDr. 2004 S. 554 und SächsABl. 2012 S. 858).

zu Anlage 9, Ziff. 3.4 Schutzgut Wasser

Der Oberflächenwasserkörper Elbe (Elbe-2 (DESN_5-2)) nach der EU-WRRL ist in der Umweltprüfung zu betrachten (insbesondere Aussagen i. Z. mit der „Entwässerung“ vgl. Ziff. 6.6.3.1. treffen). Auswirkungen auf das festgesetzte Überschwemmungsgebiet der Elbe sind zu prüfen und zu bewerten.

2. Belange Naturschutz

Die Naturschutzbehörde bestätigt generell die in Anlage 9 der Scoping-Unterlage beigefügten Ergebnisse der Umweltplanung vom 25.07.2013.

Auf S. 11 der Anlage 9 wird erläutert, dass gegenwärtig keine Angaben zu Artvorkommen im Plangebiet vorliegen, auf Grund der Flächennutzung und fehlender Biotopstrukturen jedoch davon auszugehen ist, dass diese nicht zu erwarten sind.

...

Aus naturschutzrechtlicher Sicht werden diese Aussagen so bewertet, dass für die Fläche eine gemäß Stellungnahme der Naturschutzbehörde vom 22.04.2013 für notwendig gesehene Habitatkartierung auf nicht grundsätzlich auszuschließende Vorkommen der FFH-Anhang-IV-Art und nach § 7 Abs. 2 Nr. 14 b) Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) streng geschützten Zauneidechse (*Lacerta agilis*) nicht erfolgte.

Zur Vermeidung der Kollision mit den Artenschutzbestimmungen des § 44 ff. BNatSchG ist diese artenschutzfachliche und -rechtliche Prüfung um diese Habitatkartierung zu ergänzen. Werden in diesem Zusammenhang Tiere nachgewiesen, sind hierfür CEF-Maßnahmen vorzusehen (§ 44 BNatSchG). Liegt ein belastbarer Nachweis vor, dass keine Vorkommen der geschützten Wirbeltierart betroffen und damit keine Schutzvorkehrungen erforderlich sind, stehen dem Vorhaben keine naturschutzrechtlichen Bedenken entgegen.

3. Belange Abfall/Altlasten/Boden

Unter Beachtung des im Schreiben des Kreisumweltamtes an die Stadt Riesa vom 26.11.2012 im Punkt Abfall/Altlasten/Boden dargelegten Sachstandes und der allgemeinen Hinweise (Az. 670.1/632.21-46602/2012) wurden die abfall- und altlastenrelevanten Belange im Erläuterungsbericht vom 06.08.2013 nunmehr weitestgehend vollständig dargestellt bzw. als Anlage beigefügt.

Hinweise

zu Punkt 6.3.1 - Herrichten (Seite 27 unten – geplante Auffüllung 24.000 m³)

Sofern der Einsatz von Bauschuttrecyclingmaterial zur Wiederverfüllung vorgesehen ist, gilt aktuell der Verlängerungserlass des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft vom 13.12.2012 (Az.: 45-8981.83/2/31).

zu Punkt 9 – Altlastenfreistellungsverfahren und Grundwassermonitoring

Im Rahmen des Altlastenfreistellungsverfahrens wird im Auftrag der SBO GmbH in Kürze eine Konzeption erarbeitet, die u. a. die Grundwassermessstellen enthält, die längerfristig erhalten bleiben sollen. Das betrifft ggf. auch Grundwassermessstellen, die sich weiter westlich der in den Anlagen 10 und 11 dargestellten Vorhabensbereiche befinden.

zu Anlage 9, Punkt 3.3 - Schutzgut Boden

Neben den hier drei genannten Teilflächen sind noch drei weitere Teilflächen auf ihre Altlastenrelevanz im Vorhabensgebiet zu prüfen (vgl. o. g. Schreiben v. 26.11.2012):

- VF 004 Dieseltankstelle,
- VF 005 Elektro- und Kranwerkstatt,
- VF 006 Schrottplatz westlich Hafenbrücke.

Die entsprechenden Gutachten und Stellungnahmen liegen der SBO GmbH vor.

...

4. Belange Immissionsschutz

Der Immissionsschutz (Lärmschutz) bestätigt die Ergebnisse in Unterlage 9 der Scoping-Unterlage zum Lärm und stimmt der Erstellung der Gutachten und Prognosen im Genehmigungsverfahren zu.

5. Belange Denkmalschutz

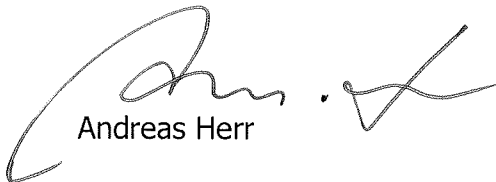
Von der Maßnahme werden Kulturdenkmale berührt.

Es handelt sich um archäologische Denkmale im Bereich des im Plan ausgewiesenen Bauantragsgebietes sowie zusätzlich um ein Baudenkmal (Lauchhammerstraße 38, Gem. Gröba, Flst. 143/2) im Bereich der im Plan ausgewiesenen Ausbaugrenze.

Bei der weiteren Planung sind folgende Forderungen und Hinweise zu beachten:

Die Vorschriften des Sächsischen Denkmalschutzgesetzes (SächsDSchG) sind zu beachten; insbesondere die Schutzvorschriften des Abschnitt III und die Erhaltungspflicht nach § 8 SächsDSchG. Maßnahmen an Kulturdenkmälern bedürfen einer denkmalschutzrechtlichen Genehmigung. Diese ist im Verfahren zu beantragen.

Mit freundlichen Grüßen



Andreas Herr